

VON HARALD SCHUMANN, AUGSBURG

Golden und blau schimmern die Säulen, und die Saaldecke ist mit kostbaren Hölzern ausgelegt – das Kurhaustheater zu Augsburg ist so prächtig wie das Publikum an diesem Tag gediegen und bürgerlich. Der Chef der örtlichen Genossenschaftsbank dankt seinen Kunden für das Erreichen der ersten Bilanzmilliarde. Der Regierungspräsident spricht ein Grußwort. Ringsum sind die Tische schon eingedeckt für das anschließende Menü.

Nur der Festredner verbreitet hartnäckig unangenehme Botschaften. Ein massiger Mann im knitrigen grauen Anzug steht auf der Bühne und erzählt von der „perversen Struktur“ der globalisierten Wirtschaft und der „globalen Apartheid“: Ein Fünftel der Weltbevölkerung beansprucht vier Fünftel des gesamten Reichtums. Allen Nationen, auch Deutschland, drohe die „Brasilianisierung“, die extreme Spaltung in Arm und Reich, warnt er. Denn „bestimmte Akteure“ nutzten die Globalisierung, „um gar nichts mehr für den sozialen Ausgleich zu bezahlen“. Sogehet das eine Stunde lang, und die Zuhörer lauschen gebannt, selbst dann noch, als der Mahner auf der Bühne die Einführung globaler Steuern fordert.

Nein, der Redner ist kein Revoluzzer, der in die falsche Kulisse geraten ist. Der donnernde Applaus, der mehrfach den Saal erfüllt, gilt dem Mathematiker Franz Josef Radermacher, 56, Professor für Informatik in Ulm, Chef des „Forschungsinstituts für anwendungsorientierte Wissensverarbeitung“ und ein Universalgelehrter wie aus dem Bilderbuch. Sein Forschungsgebiet ist die künstliche Intelligenz, aber auch die Frage, „wie der Superorganismus Menschheit in Balance mit seinen Ressourcen kommen kann“. Radermacher hat die Globalisierung studiert und gleich ein Musical darüber geschrieben. Er ist nicht nur Wissenschaftler, sondern außerdem Präsident des Bundesverbands für Wirtschaftsförderung, Mitglied der wissenschaftlichen Beiräte beim Bundesverkehrsministerium, bei der Landesregierung Baden-Württemberg und einem guten Dutzend weiterer Gremien. Kurz: Er ist ein Mitglied der Elite.

Vor allem aber ist Radermacher Hirn und Motor einer höchst ungewöhnlichen Gruppierung, die sich anschiekt, der europäischen Politik eine ganz neue Note zu verleihen: der Initiative für einen „Global Marshall Plan“, die mittlerweile bis in die höchsten Kreise der Bundespolitik vorgezogen ist. Dahinter verbirgt sich eine Gruppe von eher bürgerlichen Honoratioren, die Radermacher und sein Freund Josef Riegler, der frühere österreichische Vizekanzler aus der konservativen ÖVP, vor drei Jahren um sich scharten, um für mehr globale Gerechtigkeit zu streiten.

Ihr Konzept erscheint einfach, aber es wirkt subversiv. So wie einst die US-Regierung dem vom Krieg zerstörten Europa mit großzügigen Billigkrediten, dem Marshall-Plan, zu Wohlstand verhalf, so sollen nun die reichen Länder den Armen der Welt finanzieren, was ihnen ohnehin längst versprochen wurde: die Millenniumsziele der Vereinten Nationen. Die 191 Unterzeichnerstaaten versicherten unter anderem, bis 2015 die Zahl der von

Es geht nicht um Neid, sagt er. Es geht um Zahlen, Mathematik

Hunger oder Durst bedrohten Menschen mindestens zu halbieren, die Kindersterblichkeit um zwei Drittel zu senken und jedem Kind auf dem Planeten eine Grundschulbildung zu ermöglichen. 100 Milliarden Dollar jährlich würde das nach Schätzung der UN kosten, nur zahlen will bisher kaum eine Regierung. Die Vision der Marshall-Planer lautet daher: Weltweit soll eine Art globaler Mehrwertsteuer auf internationale Kapitaltransaktionen oder den Handelsverkehr erhoben werden. Die Einnahmen sollen dem Aus-

Ein Mann reist durch Europa und wirbt bei den Reichen für Gerechtigkeit – mit Erfolg

Attac der Bürgerlichen



Haben und Nichthaben. Ein Fünftel der Weltbevölkerung beansprucht vier Fünftel des gesamten Reichtums.

Foto: Imago



Neue Balance. Franz Josef Radermacher, Kritiker der Weltökonomie. Foto: David Heerde

bau von Infrastruktur oder Gesundheitswesen in ärmeren Ländern dienen.

Als Gegenleistung sollen die Entwicklungsländer sich zur Einhaltung von sozialen und ökologischen Mindeststandards verpflichten, damit im globalen Wettbewerb nicht länger die schrankenlose Ausbeutung billiger Arbeitskräfte und Umweltzerstörung belohnt werden. Umsetzen soll das die Welthandelsorganisation, die jetzt schon Weltstandards setzt, bisher aber nur zu Gunsten von Investoren.

Nur so, durch eine „weltweite ökosoziale Marktwirtschaft“, sei eine „Ressourcendiktatur“ der Reichen zu vermeiden, meint Radermacher und beruft sich auf das „Modell Europa“: „Wir gewähren Beitrittsländern finanzielle Hilfen, dafür fordern wir die Einhaltung von Regeln, warum sollte das nicht auch weltweit möglich sein?“

Das entspricht im Kern dem, was auch die Globalisierungskritiker von Attac seit Jahren fordern. Doch das ficht den Professor nicht an. „Jeder sensible Mensch, der sich mit diesen Themen beschäftigt, kommt zu ähnlichen Schlüssen, das hat nichts mit Ideologien zu tun“, sagt er.

Allerdings gelingt es ihm und seinen Mitstreitern auf verblüffende Weise, diese klassischen Anliegen der Linken auch in Kreisen des konservativen Bürgertums zu verbreiten. Knapp drei Jahre nach dem Start reicht die Liste der Unterstützer vom Verband der Wirtschaftsjunioren über die Handwerkskammer Münster bis zu Managern von Siemens und Daimler-Chrysler, General Electric und Goldman Sachs. Sogar die Ministerpräsidenten Dieter Althaus (CDU) und Matthias Platzeck (SPD) haben das Konzept unterschrieben. In Österreich setzte sich der konservative ÖVP-Politiker und frühere

EU-Kommissar Franz Fischler an die Spitze der Bewegung. Mittlerweile sind dort acht der neun Bundesländer offizielle Unterstützer.

Gut 200 Mal pro Jahr erklärt Radermacher das Programm den verschiedensten Auditorien. So war er etwa in der letzten Juniwoche zunächst in Klagenfurt und Salzburg, dann im Augsburger Kurhaus und bei der Nürnberger Lokalgruppe von Attac. Am Freitag stand ein Treffen mit Matthias Platzeck an, anschließend ein Vortrag bei den Rotariern von Schleswig-Holstein und schließlich ein Seminar für Führungskräfte bei Siemens.

Ein längeres Gespräch kann da nur im Zug stattfinden, „mein wichtigster Arbeitsplatz“, sagt Radermacher. Da gibt er dann zwischen Augsburg und Ulm in der ersten Klasse ein wenig Einblick in sein anstrengendes Dasein.

So leidenschaftlich er über seine Visionen spricht, so kühl betrachtet er sich selbst. Warum er sich das antut, das Leben aus dem Koffer, bei dem sogar die Treffen mit der eigenen Frau per Terminkalender organisiert werden müssen?

„Na ja, es ist doch wissenschaftlich zu beweisen, dass die Menschheit nicht zwangsläufig ins Chaos driften muss.“

Und darum stellen Sie Ihr ganzes Leben in den Dienst einer politischen Idee?

„Natürlich gibt es eine Wertebasis bei mir, das nenne ich die neuronale Ebene.“

Und woher kommt die?

„Ich verspüre eben starke Empathie, ich fühle mit den Elenden, im Herzen bin ich der katholische Pfadfinder meiner Jugend geblieben.“

Alles füng wohl damit an, dass er über die Bevölkerungsexplosion las, erinnert er sich. „Das hat mich nicht mehr losgelassen.“ Als er schließlich die Idee eines Global Marshall Plan ausarbeitete, bedrängten ihn Freunde, politisch aktiv zu werden. „Das hat mich fokussiert“, beschreibt er seinen Wandel.

Zu Hilfe kam ihm die Fähigkeit, sein Publikum zu begeistern. Je brisanter seine Forderungen, desto mehr verfällt er dabei in den jovialen, rheinischen Akzent seiner Aachener Heimat, etwa, wenn er bei den Augsburger Bankern fordert, „dass inner vernünftigen Ökonomie die mittelmehrsten Jellid auch die meisten Steuern zahlen“, aber „de Regierung nur noch den Mittelstand belastet, weil sie an bestimmte Leute nicht mehr rankommt“.

Gleichwohl gerät er nie in den Verdacht, ein verkappter Linker zu sein. Er

führe „keine Neiddebatte“, sagt Radermacher, sondern er sei „nur ein Mathematiker, der sich die Zahlen ansieht“. Und da hätten er und sein Team „mathematisch bewiesen“, dass nur die Gesellschaften erfolgreich sein könnten, in denen die Ungleichverteilung in Grenzen bleibt. Große Ungleichheit wie in Brasilien sei genauso destruktiv wie kommunistische Gleichheit für alle, die niemanden ansporne. Ein „vernünftiger Equity-Faktor“, eine Maßzahl für Verteilungsgerechtigkeit, sei, wenn bei den ärmeren 80 Prozent der Bevölkerung wenigstens die Hälfte aller Einkommen lande. Im globalen Maßstab seien es aber nicht mal 20 Prozent.

Für alle Wohlstandsbürger, denen bei solchen Reden mulmig wird, hat der Überzeugungstäter aus Ulm dann eine wichtige Botschaft: Niemand muss sich schuldig fühlen, wenn er zu den Gewinnern zählt. Jeder Unternehmer, jeder Regierungspolitiker befindet sich „im klassischen Gefangenendilemma“, sagt Radermacher. Wenn er allein sein Verhalten ändere, ohne

Kritik von links, am Anfang. Doch dann: Überzeugung auch dort

dass sich die Regeln ändern, etwa beim Billigeinkauf in asiatischen Ausbeuterfabriken oder beim Steuersenken für die Reichen, müsse er gegen die Wettbewerber verlieren. „Wir haben aber nichts davon, wenn der überethische Unternehmer Pleite geht, weil er keine Leute entlässt“, lautet eine von Radermachers Kernformeln. „Nur Gewinner können auf Änderung der Regeln drängen.“

Daskommt an, gerade bei den Erfolgreichen. Denn, so Radermacher, „intuitiv wissen doch alle, sogar die angeblich skrupellosen Investmentbanker, dass es katastrophal schiefläuft in der Welt, sie wissen nur nicht, was sie dagegen tun sollen, ohne sich selbst zu schaden.“

Das ist auch Thema, als sich der politische Mathematiker sechs Stunden nach seinem Auftritt vor den Augsburger Bankern seinem vielleicht kritischsten Publikum stellt: einer Lokalgruppe von Attac in Nürnberg. Österreichische Attac-Aktivistinnen waren es, die ihm den Vorwurf machten, er verschaffe den Verursachern der wachsenden sozialen Spaltung auch noch eine Entschuldigung. Nunsitzen 40 Zuhörer im Saal eines neuen Bürgerzentrums

aus Beton und Glas vor ihm, die davon gewiss gehört haben. Doch am Ende gewinnt Radermacher auch dieses Publikum mit der Forderung, „wir müssen auch die Zustimmung der Leute gewinnen, die Attac als Problem sieht.“ Er sagt es nicht, aber jeder versteht es: Attac mobilisiert die Straße, die Marshallplaner die Eliten.

Ob all das die Initiative auf die große Weltbühne heben wird, wagt auch Radermacher noch nicht zu hoffen. „Natürlich sind wir im Verhältnis zur Aufgabe eine lächerlich kleine Truppe“, gesteht er. Immerhin aber steht ihm der neue Bundesverband für Wirtschaftsförderung zur Seite, der mehr als 1000 Unternehmer und Manager zu seinen Mitgliedern zählt und ausdrücklich die Marshallplan-Idee unterstützt. Das verleiht der Initiative ein gewisses Gewicht.

Als größten Erfolg rechnen sich Radermacher und seine Mitstreiter an, dass sie auch bei Angela Merkel und Bundespräsident Horst Köhler auf offene Ohren stießen. Hintergrund ist ein persönlicher Brief an Merkel, in dem Radermacher auf eine neue Entwicklungsfinanzierung drängte. Später wurde ihm zugetragen, dass einige Passagen von Merkels Schlüsselrede beim Welttreffen der Mächtigen, dem World Economic Forum in Davos im Januar, auf seine Anregung zurückgehen, etwa Merkels Forderung nach einem „neuen Ordnungsrahmen für unsere Welt“, ohne den „schwere soziale Verwerfungen“ drohen würden.

Nun hoffen die Marshallplaner, dass Merkel ernst macht und diese Themen beim G-8-Gipfel einbringt, der nächstes Jahr in Heiligendamm stattfinden wird. „Wir werden sie beim Wort nehmen“, sagt Radermacher. Eine große Werbekampagne im nächsten Frühjahr soll den nötigen öffentlichen Druck herbeiführen.

So wächst die Idee langsam zu einer Organisation heran. 14 Lokalgruppen mobilisieren mittlerweile für den Plan. In einem Hamburger Büro helfen vier junge Leute bei der Koordination der zahlreichen Veranstaltungen. Finanziert wird das Unternehmen durch den Verkauf von Büchern aus der Feder von Radermacher und seinen vielen Unterstützern.

Und im Übrigen, natürlich, müsse man die Perspektive mathematisch sehen, erklärt der Missionar aus Ulm. Wenn von 16 Aktiven jeder jedes halbe Jahr zwei weitere überzeugen würde, die es genauso halten, „dann wäre in weniger als 15 Jahren die gesamte Menschheit gewonnen“.

Eine Baustelle im Kongo

Zelte, Waschsalon, Café: das Eufor-Hauptquartier

VON JUDITH REKER, KINSHASA

Eine der Fragen geht so: „Wenn man Ihnen so zuhört, hat man den Eindruck, als wären wir hier im Krieg.“ Die Antwort: „Wir sind nun einmal Soldaten. Aber wenn hier Krieg wäre, wären wir nicht gekommen. Das ist nicht unser Mandat.“

Die European Force, die Eufor, hat zur ersten Pressekonferenz im Hauptquartier in Kinshasa geladen. In einem grünen Zelt inmitten von 75 000 Quadratmetern Baustelle auf dem Stadtflughafen treffen kongolische Journalisten auf den französischen Force Commander der Mission im Kongo, Christian Damay.

Nächste Frage: „Die Bevölkerung hier fragt sich, wenn Europäer in ein afrikanisches Land kommen, welche Interessen damit verbunden sind.“ General Damay: „Wir sind neutral. Unser Mandat ist, freie Wahlen zu sichern.“ Eine Journalistin will wissen, wie. Damay antwortet vage. Er spricht von der „Frucht von Analysen“, von adäquater Reaktion je nach Situation. Auch das Schlagwort der „Abschreckung durch Präsenz“ verwendet er. Was für eine Art Präsenz das sein soll, wo die Eufor ja nicht einmal auf Patrouille gehen wird, sagt er nicht.

Bevor die Journalisten zum Rundgang über das Gelände aufbrechen – zum ersten Mal dürfen Zivilisten es sich anschauen –, liefert der französische Oberst Pincet, Chief of Operations, noch die aktuellen Zahlen: 864 Soldaten sind mittlerweile in Kinshasa, davon 150 Deutsche.

Der Rundgang führt zwischen belgischen Zelten, dem deutschen Lazarett und der französischen Open-Air-Cafeteria hindurch. Spanier mit Bommelmützen stehen am Tresen. Polen mit Schlapphüten blicken ernst und tragen als einzige Waffen. Franzosen in kurzen Hosen pausieren im Schatten eines Zeltes.

Am Waschsalon zeigt sich, wie gut die Eufor funktionieren kann: Ein Schild zeigt an, wann gewaschen wird. Auf Spanisch, Französisch, Englisch, und zwei Wörter sind auf Deutsch: „Hinterlegung“, die ist am Montag für die Polen, mittwochs für die Franzosen, freitags für Spanier, Deutsche, Belgier. „Wiedererlangung“ am Mittwoch für die Polen, und so weiter. Geordnetes Nebeneinander.

An den Toiletten zeigt sich, wie schlecht die Eufor bisher funktioniert. Weil es bisher nur eine Toilette für je 45 Soldaten gibt,

was den deutschen Sanitärbestimmungen zuwiderläuft, wohnt der Großteil der Deutschen in Hotels. Hotels sind zwar bequemer, aber für einen funktionierenden Arbeitsablauf hinderlich. Täglich vom Grand Hotel, in dem viele Offiziere wohnen, bis zum Hauptquartier zu fahren, bedeutet bis zu zwei zusätzliche Stunden, die man im Verkehr feststeckt, sagen deutsche Militärs. Und ein Franzose sagt: „Muss das sein, dass nur die Deutschen nicht im Hauptquartier wohnen? Ich finde, alle oder keiner.“

Während die Presse das Hauptquartier verlässt, scheint die Eufor noch ihren Weg zu suchen, nach innen und nach außen. Am Tor leuchtet ein Schild: Disziplin ist die Mutter der Armeen.